SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

EU-Wochenspiegel

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt

Ausgabe: 04/19 • 24.01.2019

Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

eines der europabezogenen Highlights der Woche fand am Morgen des 22. Januar in Aachen statt, wo die beiden Regierungschefs, Bundeskanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron, ihre Unterschriften unter einen neuen deutsch-französischen Freundschaftspakt gesetzt haben.
Der „Vertrag von Aachen" ist die Fortsetzung des vor 56 Jahren unterzeichneten Élysée-Vertrags. Damals unterschrieben Bundeskanzler Konrad Adenauer und der französische Staatspräsident Charles de Gaulle den Vertrag.
Wesentliche Inhalte des Vertrages von Aachen sind u.a. die Aussagen zur vertieften Zusammenarbeit in der Europapolitik, zur Beistandspflicht in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik inklusive der Einrichtung eines deutsch-französischen Sicherheitsrates und zur Zusammenarbeit im Bereich der Inneren Sicherheit. Beide Nationen wollen sich für die Aufnahme Deutschlands als ständiges Mitglied des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen einsetzen. Im Bildungsbereich soll der Erwerb der Nachbarsprache in Schulen gefördert werden. Insbesondere in den Bereichen Wirtschaft, Soziales, Umwelt, Gesundheit, Energie und Transport wird die Beseitigung bestehender Hindernisse für grenzüberschreitende Vorhaben angestrebt.

Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker äußerte in seiner anlässlich der Vertragsunterzeichnung gehaltenen Rede, die deutsch-französische Freundschaft sei der „Garant für eine friedliche Zukunft in Europa, wenn Deutsche und Franzosen ihre Freundschaft, und das tun sie, mit anderen teilen" (siehe S. 4).

Mit besten Grüßen

Carmen Johannsen
Stellvertretende Leiterin der Landesvertretung

SACHSEN-ANHALT
Vertretung bei der Europäischen Union

Inhaltsverzeichnis

Vorwort 2

Aus den Institutionen 4

- Ihre Meinung zur Stärkung der globalen Rolle des Euro ist gefragt
- Juncker zum Aachener Vertrag: Deutsch-französische Freundschaft „ist eine Notwendigkeit“
- Umfrage vor Holocaust-Gedenktag: Zwei Drittel der Deutschen halten Antisemitismus für ein Problem
- Gastransit: Vizepräsident Šefčovič führt Gespräche mit Russland und der Ukraine
- Reaktion auf US-Zölle: EU beschließt endgültige Zölle auf Stahlimporte

Aus den Fachbereichen 8

- EU investiert weitere 800 Millionen Euro in Energieinfrastruktur
- Malmström legt Verhandlungsmandat für Handelsabkommen mit den USA vor
- Schüler mit Migrationshintergrund: EU forciert Integration durch Bildung
- EU-Investitionsoffensive geht weiter: Kommission begrüßt Votum des Europäischen Parlaments

Was, wann, wo 12

- Arbeitskreis KMU tagt in Landesvertretung zum Thema KMU-Förderung im Forschungsrahmenrahmenprogramm Horizont 2020

Ausschreibungen 14

- AdR - Stellenausschreibung betreffend den Dienstposten eines Generalsekretärs
- EUROPOL Stellenausschreibung — Stellvertretender Exekutivdirektor von Europol

Kontaktbörse 15

- Europäische Projekte – Diverse Partnergesuche

Büro intern / Tipp 18

- Neu in der LV – Jann Reinhardt
- Neu in der LV – Jakob Peters
- Tipp – Gedenken des Holocaust im Haus der Europäischen Geschichte
- GOEUROPE - Quizfragen

Ihr Kontakt zu uns 22

Impressum 23

Zurück zur Übersicht

Ihre Meinung zur Stärkung der globalen Rolle des Euro ist gefragt

Die Kommission leitete am Mittwoch, 23.01.2019, mehrere gezielte Konsultationen ein, um zu untersuchen, wie die internationale Rolle des Euro in bestimmten Sektoren gestärkt werden kann: Etwa beim Handel mit Agrar- und Lebensmittelrohstoffen, Metallen und Mineralien sowie bei Flugzeugen, Schiffen und Schienenfahrzeugen. Es folgen Konsultationen im Finanz- und Energiesektor. Für den 14. Februar ist ein Workshop über die internationale Rolle des Euro im Energiesektor geplant.

Diese Schritte folgen auf die Mitteilung vom Dezember 2018 „Hin zu einer stärkeren internationalen Rolle des Euro“, in der die Vorteile einer stärkeren internationalen Rolle des Euro für die EU und das internationale Finanzsystem dargelegt und Initiativen zur Stärkung der Rolle des Euro vorgeschlagen wurden. Der Euro-Gipfel im Dezember nahm diese Mitteilung zur Kenntnis und ermutigte dazu, die Arbeiten fortzusetzen.

Die Konsultationen am 23.01.2019 zielen darauf ab, festzustellen, wo genauere Maßnahmen ergriffen werden können. Die Befragungen bleiben zwei Monate lang bis Ende März 2019 geöffnet. Darüber hinaus wird die Kommission Diskussionen über die verstärkte internationale Rolle des Euro in verschiedenen öffentlichen Gremien führen. Die Kommission wird bis zum Sommer über die Fortschritte berichten. • *ls Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:
Die einzelnen Fragebögen finden Sie hier (auf Englisch):
agricultural and food commodities
metals and minerals
aircraft
maritime and railway transport
Alle offenen Konsultationen der Kommission

Juncker zum Aachener Vertrag: Deutsch-französische Freundschaft „ist eine Notwendigkeit“

Im Beisein von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker haben Bundeskanzlerin **Angela Merke**l und Frankreichs Staatspräsident **Emmanuel Macron** am Dienstag, 22.01.2019, im Krönungssaal des Aachener Rathauses den Vertrag von Aachen zur Vertiefung der deutsch-französischen Freundschaft zum Wohle Europas unterzeichnet. Kommissionspräsident **Junker** betonte bei der Unterzeichnungszeremonie, die deutsch-französische Freundschaft sei kein Gedicht, sondern sei Realität und vor allem eine Notwendigkeit. Er stelle seit vielen Jahren fest, dass das gute Verständnis zwischen beiden Ländern von Zeit zu Zeit andere in Europa irritiere. Aber diese Irritation werde zu echtem Schmerz, wenn Frankreich und Deutschland einmal nicht im Einvernehmen seien. Ohne die deutsch-französische Freundschaft bekäme man nicht zustande, was der Auftrag der EU und auch der Auftrag der Geschichte, sei: Europa in Frieden und Freiheit zusammenzuführen, so Jean-Claude Junker.

Der Kommissionspräsident erinnerte, dass **Charles de Gaulle** und **Konrad Adenauer** vor über 50 Jahren den Hebel der Weltgeschichte umgelegt hätten und aus der Erbfeindschaft zwischen Deutschen und Franzosen eine ewige Freundschaft auf den Weg gebracht hätten, weshalb man den beiden Politikern dankbar dafür sein solle, dass sie über den Tellerrand hinausgesehen, und auch Europa dabei nicht vergessen hätten. Es habe in der deutsch-französischen Geschichte oft schlimme Geschehnisse gegeben, unter denen die Nachbarn der Deutschen und Franzosen, besonders die kleinen, sehr gelitten hätten. Die Aussicht, dass dies nie mehr passieren werde, gäbe dem Kontinent Europa die Ruhe, die er brauche, um gedeihen zu können.

Abschließend sagte Junker, die deutsch-französische Freundschaft sei der Garant für eine friedliche Zukunft in Europa - wenn Deutsche und Franzosen ihre Freundschaft (und das täten sie) mit anderen teilten. • *ls Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:
Rede von Jean-Claude Juncker in Aachen
Vertrag von Aachen auf der Website der Bundesregierung (link is external)
Videos und Fotos

Umfrage vor Holocaust-Gedenktag: Zwei Drittel der Deutschen halten Antisemitismus für ein Problem

Vor dem Internationalen Holocaust-Gedenktag am kommenden Sonntag hat die Europäische Kommission am 22.01.2019 eine Umfrage zum Antisemitismus in Europa veröffentlicht. In Deutschland wird der Hass auf Juden demnach als wachsendes Problem wahrgenommen: 66 Prozent der Deutschen meinen, dass Antisemitismus in ihrem Land ein Problem sei (EU28: 50 Prozent), höhere Werte verzeichnen nur Schweden (81 Prozent) und Frankreich (72 Prozent). Mehr als sechs von zehn Deutschen (61 Prozent) denken, dass der Antisemitismus in den vergangenen fünf Jahren zugenommen habe (EU28: 36 Prozent), der zweithöchste Wert nach Schweden (73 Prozent). Bereits im Dezember hatte die EU-Agentur für Grundrechte einen Bericht veröffentlicht, nach dem neun von zehn Juden in Europa der Meinung sind, dass der Antisemitismus gestiegen sei.

Frans Timmermans, Erster Vizepräsident der Europäischen Kommission, besuchte am 22.01.2019 das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau und traf am 23.01.2019 den **Krakauer Bürgermeister Jacek Majchrowsk**i. Er diskutierte in Krakau im Rahmen eines Bürgerdialogs unter anderem auch mit Holocaust-Überlebenden darüber, wie wir die Lehren der Vergangenheit auch für die Zukunft bewahren können. Timmermans erklärte vor seinem Besuch, dass der Antisemitismus leider noch immer seine hässliche Fratze in ganz Europa zeige. In einer Zeit, in der Hass wieder zu einem politischen Werkzeug geworden sei, würden unsere jüdischen Gemeinschaften allzu oft in der Angst leben, Opfer von Diskriminierung, Missbrauch und sogar Gewalt zu werden. Deshalb sei es wichtig, dass jeder europäische Bürger wisse und verstehe, welche Schrecken der Antisemitismus in unserer Geschichte ausgelöst hat.

Mehr als die Hälfte der Europäer (53 Prozent) und 71 Prozent der Deutschen halten die Holocaustleugnung in ihrem Land für ein Problem, und europaweit glauben nur 4 von 10 Menschen (43 Prozent), dass der Holocaust genügend in der Schule unterrichtet wird

(Deutschland: 50 Prozent). Nur 22 Prozent der Europäer (Deutschland: 27 Prozent) fühlen sich gut über die Geschichte, Bräuche und Gepflogenheiten ihrer jüdischen Mitbürger informiert. **EU-Kommissarin Vera Jourová**, die am 22.01.2019 eine Rede im Jüdischen Museum in Brüssel zum Kampf der Juncker-Kommission gegen Antisemitismus gehalten hat, fügte hinzu, dass man die Präsenz der jüdischen Gemeinden in Europa als selbstverständlich betrachten würde. Aber 74 Jahre nach dem Ende des Holocaust wisse man dass es keine Selbstverständlichkeit sei.

Die am 22.01.2019 veröffentlichte Eurobarometer-Umfrage wurde unter 27.600 Personen in den 28 EU-Mitgliedstaaten durchgeführt. Der Holocaust-Gedenktag am 27. Januar markiert den Tag, an dem die Alliierten vor 74 Jahren das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau befreit haben. • *ls Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:
Daily News vom 22.01.2019
Eurobarometer-Umfrage zur Wahrnehmung von Antisemitismus in Europa, inklusive nationaler Factsheets und Zusammenfassungen
Live-Übertragung des Bürgerdialogs mit Frans Timmermans in Krakau
Pressemitteilung vom Dezember: Kommission stellt ihre Antwort auf den Antisemitismus vor und präsentiert eine Umfrage, wonach der Antisemitismus in der EU zunimmt

Gastransit: Vizepräsident Šefčovič führt Gespräche mit Russland und der Ukraine

Der für die Energieunion zuständige Kommissionsvizepräsident **Maroš Šefčovič** führte am 21.01.2019 in Brüssel Gespräche zum künftigen russischen Gastransit durch die Ukraine. Es war die zweite Gesprächsrunde auf Ministerebene, an der unter Vermittlung von Šefčovič der ukrainische Außenminister Pawlo Klimkin und der russische Energieminister Alexander Nowak sowie Vertreter der jeweiligen Gasunternehmen Naftogaz und Gazprom teilnahmen. Das bisherige Abkommen für den Gas-Transit von Russland durch die Ukraine in die Europäische Union endet 2019.

Šefčovič sagte im Vorfeld, dass genau sechs Monate vergangen sind, seit sie sich in diesem Format zum ersten Mal in Berlin getroffen haben. Seitdem hätten einige Gespräche auf Expertenebene stattgefunden, und es sei an der Zeit, Bilanz zu ziehen und das weitere Vorgehen zu diskutieren. Šefčovič ergänzte, dass sie ein starkes Engagement beider Seitenbrauchen bräuchten um die Gespräche voranzubringen, da der bestehende Transitvertrag Ende dieses Jahres auslaufe.

Thema der Gespräche werden die im Juli in Berlin vereinbarten Schlüsselparameter zum Gastransit durch die Ukraine sein, insbesondere der anwendbare Rechtsrahmen, sowie Volumen, Dauer und Preis. • *ls Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:
Erklärung von Vizepräsident Šefčovič nach den trilateralen Gesprächen in Berlin am 17. Juli 2018
Website der Kommission zur Kooperation EU-Ukraine im Energiesektor

Reaktion auf US-Zölle: EU beschließt endgültige Zölle auf Stahlimporte

Die Europäische Kommission hat am 16.01.2019 von den Mitgliedstaaten grünes Licht für die Verhängung von endgültigen Zöllen auf bestimmte Stahlimporte erhalten. Die Kommission hatte am 4. Januar der Welthandelsorganisation die Ergebnisse der Untersuchung für Schutzmaßnahmen bei bestimmten Stahlerzeugnissen mitgeteilt. Diese Maßnahmen sollen die europäischen Stahlerzeuger vor Marktverzerrungen schützen, die durch die einseitigen US-Maßnahmen zur Beschränkung der Stahleinfuhren auf den amerikanischen Markt entstanden sind. Der Handel mit Stahl von anderen Erzeugern wurde infolgedessen vom amerikanischen auf den EU-Markt umgeleitet. Die endgültigen Maßnahmen der EU zielen darauf ab, die traditionellen Handelsströme zu erhalten.

Die Schutzmaßnahmen zielen auf eine genau definierte Liste von Stahlerzeugnissen, unabhängig von ihrer Herkunft, und stellen ein Gleichgewicht zwischen den Interessen der europäischen Stahlerzeuger und -verbraucher her.

Die Kommission wird nun das Verfahren abschließen, so dass die endgültigen Maßnahmen Anfang Februar 2019 in Kraft treten und damit die seit Juli 2018 (bis 4. Februar 2019) geltenden vorläufigen Schutzmaßnahmen ersetzen können. Die neuen Maßnahmen können bis Juli 2021 in Kraft bleiben. • *ls Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:
Daily News vom 17.01.2019
Die Handelsschutzmaßnahmen der EU

Zurück zur Übersicht

EU investiert weitere 800 Millionen Euro in Energieinfrastruktur

Die EU-Staaten haben am Mittwoch, 23.01.2019, einem Vorschlag der Kommission zugestimmt, fast 800 Mio. Euro aus dem Programm „Connecting Europe" (CEF) in europäische Energieinfrastrukturprojekte zu investieren. Dazu gehört ein Projekt zur besseren Anbindung der baltischen Staaten an das EU-Stromnetz und die Ostsee-Pipeline zwischen Dänemark und Polen. Die Schaffung eines verbundenen, modernen Energienetzes ist eine der politischen Prioritäten der Juncker-Kommission.

Über Connecting Europe werden solche Projekte vorrangig gefördert, die die Wettbewerbsfähigkeit verbessern, die Energieversorgungssicherheit der Union mithilfe eines sicheren, stabilen und wirksamen Netzbetriebs steigern und zu nachhaltiger Entwicklung und zum Umweltschutz beitragen. Die heutige Entscheidung betrifft CEF-Finanzhilfen für Studien und Arbeiten für insgesamt 14 Projekte, darunter sieben Projekte im Bereich Elektrizität, zwei im Bereich intelligente Netze, zwei zum Thema grenzüberschreitenden CO_2-Transport und drei im Gassektor. Dazu gehören:

- Im Elektrizitätssektor wurde dem Projekt zur Synchronisation der Stromnetze der baltischen Staaten eine Finanzhilfe in Höhe von 323 Mio. Euro gewährt. Das Projekt zielt darauf ab, durch Synchronisation mit dem kontinentaleuropäischen Netz (CEN) die Versorgungssicherheit und Zuverlässigkeit der Stromsysteme in der Region zu verbessern. Im Juni 2018 haben sich die Staats- und Regierungschefs der EU auf den politischen Fahrplan für den Abschluss dieser Synchronisation geeinigt.
- Mit fast 215 Mio. Euro aus der CEF wird im Gassektor das Projekt Ostsee-Pipeline, eine neue, bidirektionale Offshore-Gasverbindungsleitung zwischen Polen und Dänemark, unterstützt. Diese Pipeline wird für die Versorgungssicherheit und die Marktintegration der Region entscheidend sein.
- Im Bereich intelligente Netze wurde die Unterstützung für das Projekt ACON SG zur Modernisierung und Verbesserung des Stromnetzes zwischen Tschechien und der Slowakischen Republik genehmigt. Die Finanzhilfe in Höhe von 91 Mio. Euro wird die Einrichtung von intelligenten Netzen in der Grenzregion ermöglichen.
- Außerdem wird eine Studie über die Entwicklung einer CO_2-Infrastruktur im Hafen von Rotterdam mit 6,5 Mio. Euro unterstützt. Ziel ist die Schaffung eines frei zugänglichen, grenzüberschreitenden Kohlendioxidnetzes in Nordwesteuropa, das sein Zentrum im Hafen von Rotterdam hat. • *ls Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen
Pressemitteilung: Energieunion: EU investiert weitere 800 Mio. EUR in vorrangige Energieinfrastrukturen
Liste aller Projekte, die im Rahmen der laufenden Aufforderung unterstützt werden
Überblick über die Projekte, die im Rahmen der Fazilität „Connecting Europe" (Energie) im Zeitraum 2014-2016 finanziert wurden
Aktuelle Liste der „Vorhaben von gemeinsamem Interesse"

Malmström legt Verhandlungsmandat für Handelsabkommen mit den USA vor

Die EU-Kommission will den Weg für ein neues Verhandlungsmandat für ein Handelsabkommen mit den Vereinigten Staaten freimachen. Dazu hat sie am Freitag, 18.01.2019, zwei Vorschläge für Verhandlungsrichtlinien über die Abschaffung von Zöllen auf Industriegüter und über die regulatorische Zusammenarbeit vorgelegt. Dass die EU an diesem Tag die Entwürfe für die Verhandlungsrichtlinien veröffentlicht habe, gehöre laut EU-Handeslkommissarin **Ceclila Malström** zur Umsetzung der Gemeinsamen Erklärung der Präsidenten **Juncker** und **Trump** vom vergangenen Juli. Über die Vorschläge müssen nun die EU-Staaten entscheiden.

Landwirtschaftsprodukte sind entsprechend der Gemeinsamen Erklärung aus den Vorschlägen ausgenommen. Das angestrebte Abkommen sei kein klassisches Handelsabkommen, daher hoffe die EU, schnell eine Einigung darüber zu finden. Die EU sei bereit, auch einen Vorschlag über Zollfragen für Autos auf den Tisch zu legen. Falls die US-Seite sich jedoch für Zusatzzölle auf europäische Autoimporte entschließen sollte, habe die EU eine umfangreiche Liste mit Ausgleichsmaßnahmen vorbereitet, betonte Malmström. Die Handelskommissarin hatte vergangene Woche in Washington mit dem US-Handelsbeauftragen **Robert Lighthizer** Gespräche über neue Handelsverhandlungen geführt.

Die Verhandlungsrichtlinien, die die Kommission dem Rat vorgelegt hat, erfassen zwei mögliche Abkommen mit den Vereinigten Staaten:

1. ein lediglich auf die Abschaffung von Zöllen auf Industriegüter konzentriertes Handelsabkommen, von dem landwirtschaftliche Erzeugnisse ausgenommen wären, und

2. ein zweites Abkommen über Konformitätsbewertung, welches dazu beitragen würde, das Ziel der Beseitigung nichttarifärer Handelshemmnisse zu erreichen, indem es Unternehmen den Nachweis erleichtern würde, dass ihre Produkte die technischen Anforderungen auf beiden Seiten des Atlantiks erfüllen.

Die EU hat bereits mehrere Aspekte der Gemeinsamen Erklärung vom Juli umgesetzt. So stiegen insbesondere die Einfuhren von Sojabohnen aus den Vereinigten Staaten in die Europäische Union im Zeitraum Juli bis Dezember 2018 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 112 Prozent. Jüngste Zahlen zeigen auch einen steilen Anstieg der Lieferungen von Flüssigerdgas (LNG) aus den Vereinigten Staaten im Oktober und November 2018. Die EU hat überdies eine Reihe von Gebieten ermittelt, auf denen eine freiwillige Zusammenarbeit mit den USA in Regulierungsfragen rasche und greifbare Ergebnisse bringen könnte. • *ls Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:
Pressemitteilung: Handelsgespräche zwischen der EU und den Vereinigten Staaten: Europäische Kommission legt Entwürfe für Verhandlungsmandate vor
Europe by Satellite stellt den Mitschnitt der Pressekonferenz zur Verfügung
Konformitätsbewertung
Abschaffung von Zöllen auf Industriegüter
Gemeinsame Erklärung, Juli 2018
Die Handelspolitik der EU

Schüler mit Migrationshintergrund: EU forciert Integration durch Bildung

Schüler mit Migrationshintergrund sind weiterhin in europäischen Bildungssystemen benachteiligt. Die Kommission will die Mitliedstaaten dabei unterstützen, die Integration von Migrantenkindern an Schulen zu verbessern und hat am 17.01.2019 eine vergleichende Darstellung der nationalen Politiken und Maßnahmen zur schulischen Integration in Europa vorgestellt.

Die vom europäischen Informationsnetzwerk Eurydice erstellte Studie zeigt, dass in fast allen Ländern die Quote derjenigen, die Schule und Ausbildung ohne Abschluss verlassen, bei der im Ausland geborenen Bevölkerung höher ist als bei der einheimischen Bevölkerung. In Deutschland liegt sie bei 23,1 Prozent, in Spanien und Italien bei über 30 Prozent. Die niedrigsten Schulabbrecherquoten unter der im Ausland geborenen Bevölkerung gibt es in Irland (4 Prozent), den Niederlanden (6,6 Prozent) und in Luxemburg (8,2 Prozent). Nur in Irland und den Niederlanden ist die Quote der im Inland Geborenen, die die Schule oder Ausbildung ohne Abschluss verlassen mit 5,3 Prozent und 7,1 Prozent höher, als die Quote der im Ausland geborenen Bevölkerung. In Deutschland brechen 8,1 Prozent der Inländer die Schule oder Ausbildung ab. Der Bericht des Eurydice-Netzwerks gibt Überblick über die vielen verschiedenen Ansätze und Instrumente in den europäischen Bildungssystemen und liefert Bildungs- und Integrationspraktikern, Forschern und Entscheidungsträgern wichtige Erkenntnisse für die Verbesserung der Integration von Schülern im Migrationshintergrund.

Der für Bildung, Kultur, Jugend und Sport zuständige Kommissar **Tibor Navracsics** sagte dazu, dass die Herausforderungen für Schüler und Studierende mit Migrationshintergrund beträchtlich wären und von der Kommission häufig in ihrer Bewertung der sozialen und wirtschaftlichen Prioritäten der Mitgliedstaaten hervorgehoben würden. Bildung spiele eine entscheidende Rolle bei der Förderung ihrer Integration und der Ermutigung, aktive Mitglieder offener und demokratischer Gesellschaften zu werden. Navracsics sieht den Bericht als einen wertvollen Beitrag, da er zeige, was die EU-Mitgliedstaaten tun, um sicherzustellen, dass alle Schüler in ganz Europa ihr Potenzial voll ausschöpfen."

Um den Mitgliedstaaten dabei zu helfen, die Integration von Schülern und Studierenden mit Migrationshintergrund zu erleichtern, unterstützt die EU eine breite Palette von Maßnahmen, wie z.B. die politische Zusammenarbeit und den Austausch bewährter Verfahren zwischen politischen Entscheidungsträgern und Interessengruppen - auch über das unabhängige Netzwerk Sirius zur Bildung von Migranten - sowie Finanzierungsmöglichkeiten im Rahmen des Programms Erasmus+. Das europäische Informationsnetzwerk Eurydice bereitet allgemeine Informationen über die nationalen Bildungssysteme in Europa von der frühkindlichen Bildung und Betreuung bis zur Erwachsenenbildung auf und stellt sie in Publikationen und nationalen Beschreibungen allen Interessierten, insbesondere bildungspolitischen Entscheidungsträgern, zur Verfügung. *•ls Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:
Daily News vom 18. Januar 2019
Eurydice-Bericht: Integrating Students from Migrant Backgrounds into Schools in Europe: National Policies and Measures

EU-Investitionsoffensive geht weiter: Kommission begrüßt Votum des Europäischen Parlaments

Das Europäische Parlament hat am Mittwoch, 16.01.2019, für die Ausweitung der europäischen Investitionsoffensive „InvestEU" in der nächsten langfristigen EU-Finanzplanung gestimmt. Der für Arbeitsplätze, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit zuständige Vizepräsident der Kommission **Jyrki Kataine** sagte, dass Europa mehr Investitionen bräuche, um Arbeitsplätze, Innovation und Kompetenzen zu fördern. Das Programm „InvestEU" wird damit auf das gesamte Spektrum der EU-Finanzierungsprogramme ausgeweitet, um den Zugang zu Finanzmitteln zu vereinfachen und den Schwerpunkt stärker auf Klimaschutz, soziale Inklusion und Zusammenhalt zu legen.

Für die Verwirklichung dieses Programms, das die für Investitionen in der Europäischen Union verfügbaren Finanzierungsinstrumente bündeln und Investitionen in Höhe von mindestens 650 Mrd. Euro freisetzen dürfte, ist dieses Abstimmungsergebnis ein wichtiger Meilenstein. Die Kommission appelliert nun an die Mitgliedstaaten, sich um eine rasche Einigung zu bemühen, damit die Gespräche zwischen den drei Organen aufgenommen werden können.
Der Vorschlag der Kommission zur Aufstellung des Programms „InvestEU" knüpft an die erfolgreiche „Investitionsoffensive für Europa", den sogenannten Juncker-Plan an, der bereits zu Investitionen in Höhe von mehr als 371 Mrd. Euro geführt hat. Über den Fonds „InvestEU" soll eine EU-Haushaltsgarantie in Höhe von 38 Mrd. Euro für Investitionen bereitgestellt werden, um in der Haushaltsperiode 2021-2027 in der gesamten EU öffentliche und private Mittel für Investitionen zu mobilisieren.

Der Fonds „InvestEU" ist strategiegebunden und soll vier Politikbereiche unterstützen: nachhaltige Infrastruktur, Forschung, Innovation und Digitalisierung, kleine und mittlere Unternehmen (KMU), sowie Sozialinvestitionen und Kompetenzen. .
Die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Förderung von Investitionen und ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum stehen auf der Prioritätenliste von Präsident **Jean-Claude Juncker** seit dem Amtsantritt der Kommission im November 2014 an oberster Stelle. Mit dem Programm „InvestEU" werden alle zur Förderung von Investitionen derzeit verfügbaren EU-Finanzinstrumente unter einem Dach und unter einem Namen zusammengeführt. • *ls Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:
Pressemitteilung: Programm „InvestEU" für Arbeitsplätze, Wachstum und Innovation in Europa
Memo: Programm „InvestEU": Fragen und Antworten
Programm „InvestEU": Rechtstexte und Factsheets
Factsheet: Was ist das Programm „InvestEU"?
Factsheet: „InvestEU" – Was wird damit finanziert?
Vorschlag für eine Verordnung zur Aufstellung des Programms „InvestEU"
EU-Haushalt für die Zukunft

Zurück zur Übersicht

Arbeitskreis KMU tagt in Landesvertretung zum Thema KMU-Förderung im Forschungsrahmenrahmenprogramm Horizont 2020

Der Arbeitskreis für kleine und mittlere Unternehmen (AK KMU), der sich aus deutschen und österreichischen Vertretern (unter anderem auf Länder- und Verbandsebene) zusammensetzt und als informeller Kreis regelmäßig aktuelle mittelstandsrelevante Fragen diskutiert, tagte am 16. Januar 2019 in der Landesvertretung Brüssel. Gastrednerin war die Französin **Catherine Eginard**, Bereichsleiterin für Evaluierung in der Exekutivagentur für kleine und mittlere Unternehmen (EASME) der EU-Kommission.

Im Mittelpunkt der Sitzung stand das Thema KMU-Förderung im aktuellen Forschungsrahmenrahmenprogramm „Horizont 2020" (2014-2020) bzw. seinem Nachfolger „Horizont Europa" (2021-2027). Über das KMU-Instrument unter Horizont 2020 können innovative KMU mit europäischen und globalen Ambitionen ihre Innovationen zur Marktreife entwickeln. Es setzt bei der marktnahen Forschung und Demonstration an, hat aber auch die Phase der Vermarktung von Innovationen im Blick und folgt einem Dreiphasen-Modell:

- Machbarkeit - Von der Idee zum Konzept (Phase 1)
- Umsetzung - Vom Konzept zur Marktreife (Phase 2) und
- Markteinführung - Kommerzialisierung (Phase 3)

Mit einem Budget von etwa 3 Milliarden Euro über sieben Jahre gehört das KMU-Instrument zu den größeren Instrumenten von Horizont 2020. Eginard berichtete, dass zu den Ausschreibungen des KMU-Instruments für Phase 1 und 2 laufend Anträge eingereicht werden könnten. Die Erfolgsquote für die eingereichten Vorschläge liege bei 5-8%. Die Begutachtung der Projektanträge erfolge zu vorab festgelegten Stichtagen ("cut-off dates"). Mit der Einbettung des KMU-Instruments in den neu geschaffenen Europäischen Innovationsrat (EIC) seien die Rahmenbedingungen des Instruments 2018 aktualisiert worden. Im Gegensatz zu früher gebe es keine vorgegebenen Themen mehr, zudem wurde die Gewichtung der Bewertungskriterien (1. Exzellenz, 2. Auswirkungen/Beschreibung des Marktes, 3. Qualität der Umsetzung) für die Anträge angepasst. Auswirkungen/Beschreibung des Marktes würde nun doppelt gewichtet, die Teile Exzellenz und Qualität der Umsetzung jeweils zu 25%. Gerade beim Kriterium Auswirkungen gebe es bei vielen Anträgen Verbesserungspotential. Neu sei auch, dass in Phase 2 besonders erfolgversprechende Antragsteller zum Interview nach Brüssel eingeladen würden, wo sie ihr Vorhaben einem Experten-Panel vorstellen, welches die Anträge der KMU mit den überzeugendsten Interviews zur Förderung auswähle.

Wie die KMU-Förderung im Nachfolgeprogramm „Horizont Europa" aussehe, sei derzeit noch offen, so Eginard. Die EU-Kommission hatte am 7. Juni 2018 ihren Vorschlag für das Nachfolgeprogramm von Horizon 2020 vorgelegt. Die Verhandlungen zwischen Rat und EU-Parlament zu den Inhalten des Programms laufen derzeit. *dw*

Weitere Informationen:
Webseite der EU-Kommission zum KMU-Instrument: hier bzw. hier zu Ausschreibungen

Europa-Wahlkampf – facettenreich und kreativ

Im Hinblick auf die bevorstehenden EU-Parlamentswahlen im Mai 2019 haben die Institutionen der EU verschiedenste Projekte in den Mitgliedstaaten organisiert, um auf die Wahlen aufmerksam zu machen und die EU-Bürger davon zu überzeugen, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen.

Um schon den jüngsten bzw. zukünftigen Wählern die komplexen Prozesse der Europawahl unterhaltsam näherzubringen, wurden mit der „Juniorwahl" (Link) des EU-Parlaments und der „U18 Europawahl" (Link), organisiert vom Deutschen Bundesjungendring, zwei Planspiele geschaffen, die den Schülern die Gelegenheit bieten, selbst eine Wahl zu organisieren und durchzuführen. Vor allem die Simulation U18 Europawahl soll zur Bildung der eigenen politischen Meinung anregen und den Jugendlichen aufzeigen, dass politische Partizipation im Kleinen anfängt.

Auch der Europäische Wettbewerb, organisiert durch das Netzwerk „Europäische Bewegung Deutschland" ist thematisch auf das EU-Wahljahr abgestimmt. Das Projekt „YOUrope – es geht um dich!" (Link) konzentriert sich auf Kinder und Jugendliche, die auf ihre eigene Art und Weise darstellen sollen, was ihnen in Europa wichtig ist, was sie verändern wollen und wie sie sich z.B. mit Themen wie der politischen Kommunikation im Online-Zeitalter auseinandersetzen. Bis Mitte Februar ist noch Zeit, die kreativen Beiträge einzureichen.

Zudem gibt es zahlreiche Kampagnen, initiiert etwa durch das EU-Parlament oder durch Bürgerbewegungen, die den Bürgern Informationen über die aufgestellten Kandidaten zur Verfügung stellen oder diese, wenn möglich, sogar selbst aktiv einbinden möchten. Die europaweite Kampagne „Diesmal wähl ich!" (Link), möchte die BürgerInnen als Wahlhelfer mobilisieren und stellt ihnen umfangreiches Material zur Verfügung, damit sie sich im Vorfeld der Abstimmung für die EU stark machen und Zweifler zum Wählengehen bewegen können. Auch die Europa-Union Deutschland e.V. rief ihre Mitglieder dazu auf, sich für eine hohe Wahlbeteiligung einzusetzen und stellte dafür sogar umfassendes Kampagnenmaterial bereit.

Zuletzt sind im Europawahljahr 2019 auch sehr kreative Wege gefunden worden, um das politische Verständnis und Engagement zu fördern. Ein Beispiel stellt der Euroscola-Wettbewerb (Link) des EU-Parlaments in Deutschland dar, welcher im Rahmen der diesjährigen EP-Wahlen Jugendliche dazu anregt, ihre eigene fiktive Partei zu gründen, welche sich dann für die Wünsche und Interessen der jungen EuropäerInnen einsetzt. Bis zum 5. April können noch Beiträge eingereicht werden, die das gesamte kreative Spektrum von Poesie und Comics bis hin zu Theaterstücken umfassen können. • *ls*

Ausschreibungen

Zurück zur Übersicht

Gegenstand:	EUROPÄISCHER AUSSCHUSS DER REGIONEN Stellenausschreibung Nr. CDR/SG/AD16/01/19 betreffend den Dienstposten eines Generalsekretärs (w/m) im Generalsekretariat des Europäischen Ausschusses der Regionen (Besoldungsgruppe AD 16/3 bei der Einstellung)
Fundstelle: Abl.	C 24 vom 21. Januar 2019 https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=uriserv:OJ.CA.2019.024.01.0001.01.DEU&toc=OJ:C:2019:024A:TOC
Bewerbungsfrist:	**05. April 2019, 12.00 Uhr mittags (Ortszeit Brüssel)**
Antragsunterlagen:	Die Bewerbungen müssen auf elektronischem Wege im pdf-Format an folgende Adresse gesendet werden: vacancysg@cor.europa.eu Nicht-elektronische Bewerbungsschreiben auf dem Postweg per Einschreiben mit Rückschein an folgende Anschrift zu richten: Ausschuss der Regionen, zu Händen des Präsidenten, 101 rue Belliard/Belliardstraat, 1040 Brüssel, Belgien, mit dem Zusatz „Confidentiel — avis de recrutement — à ne pas ouvrir par le service courrier“

Gegenstand:	EUROPOL Stellenausschreibung 2018/TA/AD14/350 — Stellvertretender Exekutivdirektor von Europol (m/w)
Fundstelle: Abl.	C 28 vom 23. Januar 2019 https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=uriserv:OJ.CA.2019.028.01.0001.01.DEU&toc=OJ:C:2019:028A:TOC
Bewerbungsfrist:	**6. März 2019, 23:59 Uhr (MEZ)**
Antragsunterlagen:	Konsultieren Sie zu näheren Einzelheiten zum Bewerbungs- und Auswahlverfahren bitte die EUROPOL RECRUITMENT GUIDELINES (Einstellungsleitlinien von Europol) auf der Website von Europol www.europol.europa.eu. Für weitere Einzelheiten zum Bewerbungsverfahren wenden Sie sich bitte per E-Mail an: mbs@europol.europa.eu.

Kontaktbörse

Zurück zur Übersicht

Europäische Projekte - Diverse Partnergesuche

Die Partnergesuche wurden erstellt von Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt
Mehr Kooperationsprofile finden Sie in der EEN-Datenbank Link

Programm Profiltyp Land	Kontakt und Details	Kurzbeschreibung / Stichworte
Forschungsgesuch – H2020 Enterprise Europe Network Spanien	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Isabell Rohde E-Mail: irohde@tti-md.de **Achtung: Deadline für Interessenbekundungen 14. Februar 2019!**	**Forschungseinrichtungen aus den Bereichen digitale Transformation und öffentliche Dienste gesucht** Ein spanisches Unternehmen, spezialisiert auf IKT-Lösungen und mit Erfahrung in der Koordination europäischer Projekte, sucht eine Universität oder eine Forschungseinrichtung, um sich für ein Projekt im Rahmen des „Horizon 2020"-Programms zu bewerben. Das Projekt wird die Auswirkungen von disruptiven Technologien auf die öffentliche Verwaltung untersuchen. Gefragt sind Forscher mit Expertise in den Bereichen digitale Transformation und öffentliche Dienste. Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/fceffc47-bd84-44ff-b641-67dee1f58896 Referenznummer: RDES20190117002
Forschungsgesuch Enterprise Europe Network Spanien	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Isabell Rohde E-Mail: irohde@tti-md.de	**Experten in der Softwareentwicklung und Datenanalyse im Gesundheitswesen gesucht** Ein katalanischer gemeinnütziger Verein will ein System entwickeln, das als kontinuierliches Weiterentwicklungs-Tool für die Verbesserung der Lebensqualität von geheilten Krebspatienten sowie zur Risikovorhersage für unerwünschte

		Entwicklungen dienen soll. Gesucht werden Unternehmen mit Expertise in der Softwareentwicklung und Datenanalyse, nationale/regionale Gesundheitseinrichtungen und onkologische Krankenhäuser. Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/7078a9b3-7fdb-4605-9046-b2129020b8af Referenznummer: RDES20190111001
Technologiegesuch Enterprise Europe Network Griechenland	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Isabell Rohde E-Mail: irohde@tti-md.de	**Griechisches Unternehmen sucht elektrische Leistungstransformatoren und Autotransformatoren** Ein griechisches Unternehmen, das im Bereich der Leistungselektronik tätig ist, ist auf der Suche nach elektrischen Leistungstransformatoren und Autotransformatoren (Spartrafos), um sie als Ergänzung zu ihren USVs (Unterbrechungsfreie Stromversorgungen) zu verwenden. Das Unternehmen ist auf der Suche nach europäischen Partnern, die es mit dieser Ausrüstung (im Rahmen eines Abkommens über kommerzielle Zusammenarbeit mit technischer Unterstützung) ausstatten. Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/fe344b92-ba99-4c03-8ffc-76e3e9b76b6e Referenznummer: TRGR20190111001
Geschäftliches Gesuch	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Isabell Rohde E-Mail: irohde@tti-md.de	**Britisches Unternehmen sucht Produzent für Fahrzeugrampensystem**

Enterprise Europe Network Vereinigtes Königreich		Das britische Unternehmen entwickelt innovative Produkte für Fahrzeugarbeitsbühnen, Autorampen und Werkzeuge. Der Fahrzeugständer mit Rampe ermöglicht einen schnellen und einfachen Zugang zum Fahrzeug und ist somit ein ideales Produkt für den "Do it Yourself"-Fahrzeugreparaturmarkt. Gesucht wird ein Partner, um den preisgekrönten und patentierten Fahrzeugständer im Rahmen einer Fertigungsvereinbarung herzustellen. Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/87013cb4-f21e-440b-a633-c38172545b2f Referenznummer: BRUK20190118002

Büro intern / Tipp

Zurück zur Übersicht

Neu in der LV – Jann Reinhardt

Wie bereits Ende des vergangenen Jahres Herr Dr. Scheithauer, habe auch ich – Jann Reinhardt – das Vergnügen, im Rahmen der modularen Qualifizierungsmaßnahme „Europa und Internationales" in der Landesvertretung Brüssel zu hospitieren. Während meines zweiwöchigen Aufenthalts werde ich vor Ort durch Herrn Daniel Wentzlaff (Digitale Agenda, Energie, KMU, Cluster- und Industriepolitik, Tourismus, Standortmarketing) betreut, der ein sehr vielfältiges Programm mit interessanten Einblicken u.a. in die Arbeitskreise der Ländervertreter, die Ausschussarbeit des Europäischen Parlaments, den Ausschuss der Regionen und andere Fachveranstaltungen zusammengestellt hat.

In meinem „normalen Leben" bin ich Energiereferent im Referat 57 der Landesvertretung Sachsen-Anhalts in Berlin und begleite dort v.a. die energiepolitischen Geschehnisse auf Bundesebene (insb. Bundesrat, Bundestag). Bei dieser Tätigkeit zeigt sich immer wieder der inzwischen doch immense Einfluss der EU-Legislative auf die Arbeit von Bund und Ländern. Ein besseres Verständnis der komplexen Zusammenhänge bzw. Verwobenheit ist daher sehr hilfreich für meine tägliche Arbeit, insbesondere bei der Einschätzung der Auswirkungen von Entscheidungen auf europäischer Ebene für Sachsen-Anhalt; demnächst konkret u.a. bei der Umsetzung des umfangreichen EU-Legislativpakets „Saubere Energie für alle Europäer" in nationales Recht. Zudem freue ich mich, die Europapolitik hier in Brüssel noch einmal plastischer, nicht nur in Form von viel Papier (bzw. großen PDF-Dateien), sondern auch in Gestalt konkreter Gesichter und Orte erleben zu können.

Neu in der LV – Jakob Peters

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

mein Name ist Jakob Peters und in den nächsten 6 Wochen werde ich mein Praktikum in der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt in Brüssel absolvieren.
Gebürtig komme ich eigentlich aus Kasachstan, bin jedoch in Nordhessen aufgewachsen. Aufgrund meines Interesses für europäische Themen und Politik habe ich mich entschlossen European Studies im Bachelor an der Otto von Guericke Universität in Magdeburg zu studieren. Meinen Fokus lege ich dabei vorwiegend auf Osteuropa und Europäischer Außen- und Sicherheitspolitik.
Durch meine Professorin für internationales Recht bin ich auf das Praktikum in der Landesvertretung aufmerksam geworden. Durch das Praktikum erhoffe ich mir spannende Einblicke in die Arbeit der Landesvertretung, die Institutionen der Europäischen Union und das Leben in Brüssel.

Ich freue mich sehr auf die gemeinsame Arbeit mit dem Team und insbesondere mit meinem zuständigen Referenten Herrn Dr. Fenner.

Mit freundlichen Grüßen
Jakob Peters

Tipp – Gedenken des Holocaust im Haus der Europäischen Geschichte

Im Rahmen des Internationalen Holocaust-Gedenktages 2019 besteht am **29.01.2019 von 12:15-13:00 Uhr** die Möglichkeit an einer thematischen Führung in der Dauerausstellung des Hauses der Europäischen Geschichte teilzunehmen und zu erfahren, wie die Geschichte des Holocaust (Shoah) in der transnationalen Ausstellung des Museums über die jüngste Vergangenheit Europas präsentiert wird.

Durch Objekte und Geschichten aus verschiedenen Teilen des Kontinents können Besucher entdecken, wie das Haus der Europäischen Geschichte dazu beiträgt, die Erinnerung an den wohl wichtigsten negativen Bezugspunkt des europäischen Bewusstseins zu wahren.

Eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

GOEUROPE! die Jugendberatungsstelle

GOEUROPE! Europäisches Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt ist die Jugendberatungsstelle für Fragen zu europäischen Mobilitätsprogrammen sowie in der Vermittlung europäischer Themen und Kompetenzen an junge Menschen in Sachsen-Anhalt.
Gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt Transnational" hat sich das Europäische Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt zum Ziel gesetzt, die beruflichen Chancen und die Beschäftigungsfähigkeit junger Sachsen-Anhalter durch die Vermittlung europäischer Kompetenzen zu steigern.
In Trägerschaft des DRK Landesverbandes Sachsen-Anhalt e.V. wird GOEUROPE! gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms "Sachsen-Anhalt transnational".

Deutsches Rotes Kreuz
Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.

Viel Spaß beim Lösen der GOEUROPE! Quizfragen dieser Woche:

Am 27. Januar jährt sich die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau zum 74. Mal. 2005 wurde dieser Tag von den Vereinten Nationen zum Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust (International Holocaust Remembrance Day) ernannt. In Deutschland ist der Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar bereits seit 1996 bundesweiter, gesetzlich verankerter Gedenktag. Diese Woche hat die Europäische Kommission eine Umfrage zum Antisemitismus in Europa, welche unter 27.600 Personen in den 28 EU-Mitgliedstaaten durchgeführt wurde, veröffentlicht.

1.) Laut dieser Studie: Wie viele Deutsche glauben, dass der Antisemitismus in den vergangenen fünf Jahren zugenommen hat?
   a) 4 von 10
   b) 6 von 10
   c) 8 von 10

2.) In welcher Stadt sitzt die EU-Agentur für Grundrechte?
   a) Brüssel
   b) Strasbourg
   c) Wien

3.) Wann trat die Charta der Grundrechte der Europäischen Union in Kraft?
   a) 1957
   b) 1992
   c) 2009

Antworten:

1.) b) 6 von 10 Deutschen (61 Prozent) glauben, dass der Antisemitismus in den vergangenen fünf Jahren zugenommen hat (in den EU28: 36 Prozent). 66 Prozent der Deutschen meinen, dass Antisemitismus in ihrem Land ein Problem sei (EU28: 50 Prozent), höhere Werte verzeichnen nur Schweden (81 Prozent) und Frankreich (72 Prozent). Mehr als die Hälfte der Europäer (53 Prozent) und 71 Prozent der Deutschen halten die Holocaustleugnung in ihrem Land für ein Problem, und europaweit glauben nur 4 von 10 Menschen (43 Prozent), dass der Holocaust genügend in der Schule unterrichtet wird (Deutschland: 50 Prozent). Nur 22 Prozent der Europäer (Deutschland: 27 Prozent) fühlen sich gut über die Geschichte, Bräuche und Gepflogenheiten ihrer jüdischen Mitbürger informiert (Eurobarometer-Umfrage zur Wahrnehmung von Antisemitismus in Europa). Laut eines bereits im Dezember 2018 veröffentlichten Berichts der EU-Agentur für Grundrechte sind neun von zehn Juden in Europa der Meinung, dass der Antisemitismus gestiegen ist. 38 Prozent der befragten europäischen Juden denken über einen Wegzug aus Europa nach, da sie sich in Europa nicht mehr sicher fühlen (http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-6724_en.htm).

2.) c) Die EU-Agentur für Grundrechte (FRA) sitzt in der österreichischen Hauptstadt Wien. Die FRA hilft sicherzustellen, dass die Grundrechte der Menschen in der EU geschützt werden. Sie tut dies, indem sie Informationen über die Grundrechtesituation in der gesamten Europäischen Union sammelt und auf diesen Informationen beruhende Empfehlungen, zur Verbesserung der Situation gibt. Zudem informiert die FRA Menschen über ihre Grundrechte. Die Grundrechte setzen Mindeststandards, um sicherzustellen, dass Menschen würdevoll behandelt werden. Sei es das Recht auf Schutz vor Diskriminierung aufgrund des Alters, einer Behinderung oder der ethnischen Herkunft, das Recht auf den Schutz der personenbezogenen Daten oder das Recht auf Zugang zur Justiz – all diese Rechte sollten gefördert und geschützt werden (https://fra.europa.eu/de/about-fra). Bei Fragen zu den spezialisierten Agenturen der EU oder rund ums Thema EU wenden Sie sich gern an Europe Direct Sachsen-Anhalt / Halle unter info@europedirect-halle.de. Dort können Sie auch eine Übersicht zu Veranstaltungen, die zum Thema EU in Sachsen-Anhalt stattfinden, erhalten.

3.) c) 2009, mit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon, erlangte die Charta der Grundrechte der EU Rechtskraft. Diese definiert in klarer und übersichtlicher Form die Rechte und Freiheiten der Menschen, die in der Europäischen Union leben und orientiert sich an der Europäischen Menschenrechtskonvention und der Europäischen Sozialcharta, den mitgliedstaatlichen Verfassungen und internationalen Menschenrechtsdokumenten, aber auch an der Rechtsprechung der europäischen Gerichtshöfe. Die Charta der Grundrechte der Europäischen Union in deutscher Sprache finden Sie hier.

Ihr Kontakt zu uns

Zurück zur Übersicht

Unsere Anschrift	Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der Europäischen Union 80, Boulevard Saint Michel B – 1040 Brüssel Belgien
E-Mail-Adresse	sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de
Telefon (Sekretariat)	+32 2 741 09 31
Telefon (direkt)	+32 2 741 09 – Durchwahl
Fax	+ 32 2 741 09 39

Ihre Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner

Name	Fachbereiche und Themen	☎	✉
NN	Leiterin des Büros, Grundsatzangelegenheiten der EU	…30	E-Mail
Carmen Johannsen (CJ)	Stellvertretende Leiterin, Presse u. ÖA, Medien, Haushalt, Veranstaltungen	…33	E-Mail
Dr. Margarete Schwarz (MS)	Landwirtschaft, Umwelt	…12	E-Mail
Martina Lehnart (ML)	Justiz und Innenpolitik	…18	E-Mail
Daniel Wentzlaff (DW)	Digitale Agenda, Energie, KMU, Cluster- und Industriepolitik, Tourismus, Standortmarketing	…19	E-Mail
Dr. David Fenner (DF)	Innovation, Forschung, Beihilfen und Vergabe, Regionalpolitik	…10	E-Mail
Silke Voigt (SV)	Ausschuss der Regionen, Demografie, EU-Förderprogramme, Verkehr	…16	E-Mail
Elke Andrea Große (EAG)	Redaktion EU-Wochenspiegel, Veranstaltungen	…32	E-mail
Doris Bergner (DB)	Verwaltung, Veranstaltungen	…36	E-Mail
Marion Straßer (MaS)	Assistenz der Leiterin und Sekretariat, Besucherbetreuung	…31	E-Mail
Jann Reichardt (JR)	Hospitant	…38	E-Mail
Laura Schwarz (LS)	Praktikantin	…22	E-Mail
Jakob Peters (JP)	Praktikant	…22	E-Mail

Zurück zur Übersicht

SACHSEN-ANHALT
Vertretung bei der Europäischen Union

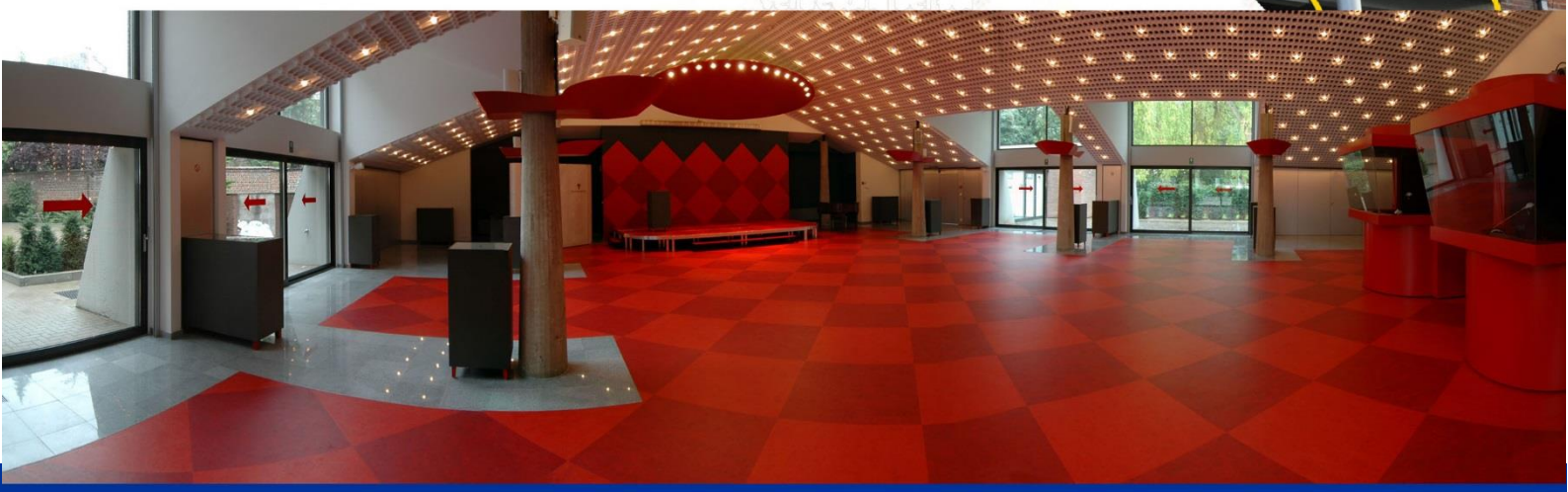
Impressum

Herausgeber
Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der Europäischen Union
Boulevard Saint Michel 80, 1040 Brüssel

Verantwortliche Redakteurin
Elke Andrea Große

Fotos
Elke Andrea Große, sofern nicht anders angegeben oder Quelle: Internet

Layout
Patrick Karwath

Die Artikel sind mit Namenskürzeln versehen.

Dieser Newsletter wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Sachsen-Anhalt herausgegeben. Er darf weder von Parteien noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf dieser Newsletter nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.